

10/SN-78/ME 1 von 2



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601.226/3-V/5/84

An das

Präsidium des
Nationalrates

Parlament
1017 W i e n

A. Kleinigraß ex

Schriftl. GESETZENTWURF
Zl. <i>37</i> -GE/19 <i>84</i>
Datum: 21. AUG. 1984
Verteilt 1984 -08-21 <i>frormer</i>

Sachbearbeiter

TICHY

Klappe/Dw

2465

Ihre GZ/vom

Betrifft: Straßenverkehrsordnung 1960, Entwurf der
11. StVO-Novelle

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übermittelt
beiliegend 25 Exemplare seiner Stellungnahme zu dem vom
Bundesministerium für Verkehr versendeten Entwurf einer
11. StVO-Novelle.

Beilage

16. August 1984
Für den Bundeskanzler:
TICHY

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601.226/3-V/5/84

An das

Bundesministerium für Verkehr
Sektion IV - Straßenverkehr

Karlsplatz 1
1015 W i e n

DRINGEND
20. Aug. 1984

Sachbearbeiter

TICHY

Klappe/Dw

2465

Ihre GZ/vom

72 500/1-IV/5-84
15. Juni 1984

Betrifft: Straßenverkehrsordnung 1960, Entwurf der
11. StVO-Novelle

Zum gegenständlichen Entwurf einer 11. StVO-Novelle teilt das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst mit, daß aus der Sicht seines Wirkungsbereichs kein grundsätzlicher Einwand besteht. Zu Art.I Z 9 (§ 42 Abs.5) wird bemerkt, daß die Determinierung der Verordnungsermächtigung nicht voll befriedigt, wenn auch nicht zu übersehen ist, daß bereits nach geltendem Recht Bestimmungen mit ähnlichem Determinierungsgrad bestehen (z.B. § 43 Abs.2 StVO 1960). Was den Schlußteil des vorgesehenen § 42 Abs.5 betrifft, so ist auch aus den Erläuterungen keine Begründung dafür zu ersehen, weshalb das Verbot auf Freilandstraßen beschränkt sein soll.

25 Exemplare dieser Stellungnahme werden ue. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

16. August 1984
Für den Bundeskanzler:
TICHY

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung: